

Ressort: Politik

## Bericht: Atomrückstellungen der Energiekonzerne nicht sicher genug

Brüssel, 13.03.2015, 13:27 Uhr

**GDN** - Zwei bisher unveröffentlichte Gutachten im Auftrag der Bundesministerien für Umwelt und Wirtschaft kommen nach einem Bericht des Nachrichtenmagazins "Der Spiegel" zu dem Ergebnis, dass die Atomrückstellungen der Energiekonzerne nicht ausreichend sicher sind, um den Rückbau und die Endlagerung der Kernkraftwerke zu finanzieren. Der Bund bekomme danach von den Konzernen nicht einmal genug Informationen über ihre Bilanzen, um zu beurteilen, ob die Summen wirklich sicher angelegt sind: "Ob die Gelder später für die Stilllegung und Endlagerung sicher zur Verfügung stehen, ist anhand dieser Angaben nicht möglich", heißt es in dem Gutachten der Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit aus Köln, über das der "Spiegel" berichtet.

Zudem habe der Bund, so urteilen die Experten, kein Vorgriffsrecht. So warnen die Juristen im Gutachten für das Umweltministerium, dass alles verbleibende Kapital im Insolvenzfall "ins haftende Unternehmensvermögen fallen" würde, "mit der Folge, dass andere Gläubiger darauf zugreifen könnten". Ihr Fazit: "Die Kosten, die im Wege der Entsorgung und Stilllegung anfallen würden, müsste dann der Bund tragen." "Die Gutachten zeigen dringenden Reformbedarf", sagte die Grünen-Abgeordnete Sylvia Kotting-Uhl dem "Spiegel". "Es darf nicht so weit kommen, dass die Konzerne Milliardenkosten ihrer Atomlasten auf uns Steuerzahler abwälzen." Wie "Der Spiegel" weiter berichtet, deutet sich auch eine Lösung für die umstrittene Frage an, wie viele Kohlekraftwerke künftig für jene Zeiten bereitstehen sollen, in denen kein Ökostrom zur Verfügung steht. Zwischen zehn und 20 der ältesten Anlagen könnten nach Vorstellung der Bundesregierung in eine Art Notfallreserve eingebracht und bezahlt werden. Die Kraftwerke sollen dann automatisch nach fünf Jahren vom Netz gehen und abgerissen werden. Damit sollen die ehrgeizigen Klimaziele der Bundesregierung erreicht werden. Die Regierungskoalition will nach dem "Spiegel"-Bericht bei einem Spitzentreffen in der nächsten Woche die strittigen Fragen der Energiewende klären. Bei dem Treffen der Energie-Experten mit Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) soll es dem "Spiegel" zufolge neben Fragen der Versorgungssicherheit und dem umstrittenen Bau von zwei Stromtrassen nach Bayern vor allem auch um die milliardenschweren Atomrückstellungen der Energiekonzerne gehen. Rund 36 Milliarden Euro haben die Unternehmen für den Rückbau der Atommeiler und die Lagerung des radioaktiven Abfalls in ihren Bilanzen vorgesehen.

### Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-51272/bericht-atomrueckstellungen-der-energiekonzerne-nicht-sicher-genug.html>

### Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

### Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

### Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619